

"Die Angst vor einer Explosion der Strukturfonds ist unbegründet" in Frankfurter Allgemeine Zeitung (6. Juni 2002)

**Quelle:** Frankfurter Allgemeine Zeitung. Zeitung für Deutschland. 06.06.2002. Frankfurt/Main: FAZ Verlag GmbH.

**Urheberrecht:** (c) Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

All rights reserved. Provided by Frankfurter Allgemeine archiv.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/"die\\_angst\\_vor\\_einer\\_explosion\\_der\\_strukturfonds\\_ist\\_unbegrundet"\\_in\\_frankfurter\\_allgemeine\\_zeitung\\_6\\_juni\\_2002-de-239117f4-914c-4f25-9a66-a80d4ecc36e2.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 19/09/2012

## Die Angst vor einer Explosion der Strukturfonds ist unbegründet

Von Danuta Hübner, Staatssekretärin für Europa der Republik Polen

Das Bruttosozialprodukt in den "neuen Mitgliedstaaten", den Beitrittsländern, erreicht nur etwa 40 Prozent des Durchschnitts der Union, gemessen in Kaufkraftparitäten. Nimmt man als Bezugsgröße laufende Preise oder die Wechselkurse, dann liegt es sogar nur bei 15 Prozent. In einigen Ländern ist die Arbeitslosigkeit hoch, viele haben nach wie vor Probleme bei der strukturellen Anpassung, die in den kommenden Jahren noch zu bewältigen sein werden. Die Notwendigkeit, Investitionen zu erhöhen, um die hohen Wachstumsraten aufrechtzuerhalten und um neue Beschäftigung zu schaffen, ist dabei vordringlich. Mit dem bevorstehenden Ende der Privatisierung wird es immer schwieriger werden, auch in Zukunft ausländische Direktinvestitionen anzuziehen, die in den letzten Jahren eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung gespielt haben.

Einer der Faktoren, der die Entwicklung hemmt, ist die schlechte Infrastruktur in einigen Beitrittsländern. Wenn sie nicht modernisiert wird, dann wird es zunehmend schwierig werden, für neue Investoren attraktiv zu werden. Die Modernisierung und Entwicklung der Infrastruktur stoßen jedoch auf Engpässe staatlicher und privater Finanzierung. Deswegen sind für alle Beitrittsländer die Strukturfonds von zentraler Bedeutung. Die Mittel aus diesen Fonds werden es uns ermöglichen, schneller eine moderne Infrastruktur zu schaffen und somit früher höhere wirtschaftliche Wachstumsraten zu erzielen, als es sonst der Fall wäre.

Von einem höheren Wirtschaftswachstum würde die Union insgesamt profitieren, da dann die Importe aus den alten Mitgliedstaaten zunehmen würden. Aber die Mitgliedstaaten könnten auch unmittelbar Nutzen ziehen, da durch eine moderne Infrastruktur die Transportkosten gesenkt werden könnten. Deutschland etwa wird aus dem Ausbau der Infrastruktur in Polen einen solchen Nutzen ziehen, da die Transportkosten für deutsche Firmen sinken werden. Der Transfer von Fondsgeldern in die neuen Mitgliedstaaten sollte deshalb als eine Investition betrachtet werden, die sich in hohem Maße rentieren wird. Sie käme nicht nur den neuen Mitgliedstaaten zugute, sondern der ganzen Union.

Das setzt allerdings eines voraus: Haushalts- und finanzpolitische Disziplin muß gewahrt werden. Denn nur so kann sichergestellt werden, daß die Fondsmittel nicht private Investitionen verdrängen und die Wirtschaft destabilisieren. Diesbezüglich wäre es deswegen durchaus angebracht, wenn die Union die Vergabe von Mitteln aus den Strukturfonds an eine makroökonomische Konditionalität knüpfen würde, wie das schon bei der normalen Projektkonditionalität der Fall ist. Schon in früheren Fällen hätte die Vergabe von Mitteln aus den Strukturfonds von einer strengeren Verpflichtung zur Konditionalität profitiert.

Es ist ohne Zweifel die Aufgabe der neuen Mitgliedstaaten, sicherzustellen, daß diese Gelder effizient eingesetzt und ordentlich verwaltet werden. Daß dies auch wirklich geschieht, ist ein legitimes Verlangen der Union, das ich vollkommen normal finde.

Die Frage freilich, mit der wir uns beschäftigen müssen, ist, ob die erweiterte Union die höheren Kosten einer auf die neuen Mitglieder ausgedehnten Solidarität verkraften kann. Hier muß zunächst festgehalten werden, daß die Umverteilungsquote auf der Ebene der Union niedrig ist: Sie liegt weit unter 0,5 Prozent des Bruttosozialprodukts der Union. Angesichts der Konzentration, die es gegenwärtig bei der Mittelvergabe gibt, bedeutet das, daß die Hauptnutznießer die sogenannten Kohäsionsländer sind, wo die Überweisungen zwei bis drei Prozent des Bruttosozialprodukts erreichen.

Die Union hat beschlossen, künftig die jährlichen Überweisungen aus den Strukturfonds auf vier Prozent des Bruttosozialprodukts der Empfängerländer zu begrenzen. Dies bedeutet, daß die Grenze für arme Länder weit unter der für wohlhabende Mitgliedstaaten liegt. Für alle neuen Mitgliedsländer zusammen bedeutet das eine Obergrenze in Höhe von rund 15 Milliarden Euro; das wäre lediglich die Hälfte des Betrags, der gegenwärtig an die Empfänger in der Union verteilt wird.

Bei der Finanzierung dessen, was man mit dem Wort Solidarität meint, sind demnach nicht nur die gestiegenen Kosten für die Entwicklung und Modernisierung der Infrastruktur in den neuen Mitgliedstaaten

von Bedeutung. Wichtig ist nicht zuletzt das Ergebnis der soeben begonnenen Verhandlungen unter den "Fünfzehn" darüber, wie mit jenen Regionen der alten Union zu verfahren ist, die nicht länger für Strukturmittel in Frage kommen. Folgt man den Erwägungen, daß bestimmte Einsparungen bei den alten Mitgliedstaaten dadurch erzielt werden können, daß Staaten mit einem relativ höheren Wohlstandsniveau aus der Strukturförderung herausfallen, dann wird der Nettozuwachs der Strukturmittelkosten, der durch die Erweiterung anfallen wird, vermutlich gering sein.